L-1 Für eine offene und solidarische Gesellschaft – gegen den Hass

Antragsteller*in:	Landesvorstand, Tabea Rößner (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Dr. Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Anne Spiegel (KV Speyer)
Tagesordnungspunkt:	2. Für eine offene und solidarische Gesellschaft

Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten werden immer lauter, in Europa und den USA zeichnet sich ein rasanter politischer Wandel ab. Weg von den Errungenschaften der Aufklärung, der Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie. Mit Nationalismus, Rassismus, Populismus statt Fakten haben diejenigen Konjunktur, die mit Hass, Vorurteil und Gewalt emotionale Stimmungsmache betreiben. Ein Jahr vor der Bundestagswahl muss das mehr als ein Weckruf für uns sein: Es ist ein Fanal der Bedrohung für die Gesellschaft, in der wir leben. Wir werden uns entschieden und mit aller Kraft gegen das wehren, was in den USA, Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz aufzieht. Es gilt für uns GRÜNE, für die demokratischen Parteien in Deutschland, ebenso wie für die vielen aufgeklärten und liberalen Menschen in unserer Gesellschaft: Wir werden die Errungenschaften unserer offenen und solidarischen Gesellschaft verteidigen!

Die Populistinnen und Populisten bauen ihren Erfolg auf Ängste und Vorbehalte gegenüber aktuellen politischen Herausforderungen auf. Aber es gibt auch fundamentale Ablehnung von Politikerinnen und Politikern, Medienvertreterinnen und -vertretern, von Regierungen und vielen anderen staatlichen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Angst ist aber der perfekte Nährboden für deren rechtspolitisches und letztendlich rechtsextremes Saatgut. Die AfD hat sich diese Entwicklung zu Nutze gemacht. Sie schwimmt auf einer Welle von Vorurteilen, Emotionen, Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Pseudo-Fakten. Sie hetzt gegen Minderheiten, das angeblich korrupte System, die so diffamierte ‚Lügenpresse' und das ‚linksgrünversiffte' Establishment. Damit hat sie es geschafft, in zehn Landtage einzuziehen und sich dort teilweise als drittstärkste Fraktion zu etablieren.

In Rheinland-Pfalz leben hunderttausende Menschen aus unterschiedlichsten Ländern schon lange friedlich und glücklich zusammen. Wir dürfen aber die Augen nicht davor verschließen, dass die AfD mit ihren Parolen auch bei uns verfängt. Sie sorgt für den Nährboden, auf dem rechte Gewalttaten keimen. Bundesweit, aber auch in Rheinland-Pfalz, haben im letzten Jahr die Zahlen rechter Straftaten enorm zugenommen. Es ist alarmierend, dass die Zahl der von Rechtsextremen verübten Straftaten in Rheinland-Pfalz von 2014 auf 2015 um 180 auf 701 stark gestiegen ist. Dass Menschen, deren Aussehen eine andere Herkunft vermuten lassen könnte, inzwischen wieder in Deutschland Angst haben müssen vor rechten Gewalttaten, ist für uns alle beschämend.

Auch hier in Rheinland-Pfalz hat sich das bei der vergangenen Landtagswahl gezeigt. 268.628 Wählerinnen und Wähler haben der AfD ihre Zweitstimme gegeben. Sie ist nun drittstärkste Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag. Ihre Arbeit im Landtag zeigt jedoch: Dieser Partei ist es überhaupt nicht daran gelegen, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Auch Fakten interessieren sie nicht. Sie konzentriert sich allein auf das Schüren von Ängsten und Ressentiments. Die AfD erzeugt negative Stimmungen und Gefühle in dem sie Minderheiten angreift. Sie unterstellt pauschal Flüchtlinge kriminelle Absichten, sie will alle Kinder zum

morgendlichen Fahnenappell antreten lassen und hält Kindertagesstätten für Indoktrinationsanstalten für Kinder. Sie will den verhassten öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Medienvielfalt abschaffen, eine Gebärquote für Frauen in das Grundgesetz schreiben oder Homosexualität wieder verpönen. Viele der Forderungen aus den Reihen der AfD sind mit unseren Grundwerten und auch mit unserem Grundgesetz nur schwer oder gar nicht vereinbar. Gleichzeitig überschreitet die AfD in ihren Verlautbarungen regelmäßig die Grenzen des demokratischen Diskursverhaltens und betreibt eine Verrohung der Sprache.

Einwanderungspolitik ist aber längst nicht das einzige Thema für Rechtspopulistinnen und -populisten. Die AfD will die Lebensverhältnisse jedes und jeder einzelnen reglementieren und die freie Entfaltung des Individuums beschneiden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wurde hier in Partei gegossen. Für sie spielt es eine Rolle, woher Du kommst, welche Religion, welche Hautfarbe, welche sexuelle Orientierung oder Identität Du hast und ob Du eine Frau oder ein Mann bist. Allein aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe begründet die AfD eine ungleichwertige Behandlung durch politische Rahmensetzungen. Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und das Ausspielen gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander bedroht unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Aber noch etwas macht uns Sorge: Die AfD hat es weitgehend geschafft sich von der bisher üblichen Mediennutzung der Menschen unabhängig zu machen. Sie ist nicht angewiesen auf Sendezeit im Fernsehen, im Rundfunk oder Bilder in der Zeitung. Sie nutzt zielgenau soziale Medien und rechte Netzwerke vor Ort um ihre Hassparolen zu den Menschen zu bringen. Sie geht sogar noch weiter: Niemand anderes geht so radikal gegen Presse und Journalistinnen und Journalisten vor. Die AfD will so genannte ‚Systemmedien und Lügenpresse' einschüchtern, ihre Legitimation untergraben, die Glaubwürdigkeit von einzelnen Medien oder Journalistinnen und Journalisten herabsetzen. Ungezügelte Hetze in sozialen Medien, neue rechte Akteure wie der Compact-Verlag oder das vom Kreml finanzierte Russia Today Deutschland verbreiten dies in einer Deutlichkeit und Reichweite, wie wir das aus dem vergangenen US-Präsidentenwahlkampf aus den USA gelernt haben. Ihr Ziel ist eine gleichgeschaltete Medienlandschaft, die einer Ideologie folgend Meinungsmache betreibt. Das heißt: Die AfD verfolgt kein anderes Ziel als die Abschaffung der Pressefreiheit in Deutschland.

Der Umgang mit der AfD stellt nicht nur für uns GRÜNE und alle demokratische Parteien, sondern auch für die Medien eine besondere Herausforderung dar. Es gilt, sich mit ihr gezielt auseinanderzusetzen, ohne ihnen jedoch eine Plattform für plumpe Hetze und Propaganda zu bieten. Dabei müssen wir uns alle immer wieder bewusst machen: Die AfD ist keine übliche demokratische Partei. Sie nutzt gezielt rechte und populistische Argumentationen, die tiefgreifend offen gelegt werden müssen. Wir brauchen in der Politik und in den Medien eine Auseinandersetzung über die inhaltlichen Ziele der AfD und deren Folgen für unsere Gesellschaft.

Wir müssen damit umgehen und daraus lernen, dass die Rechtspopulistinnen und -populisten von allen Gesellschafts- und Bildungsschichten gewählt werden können. Es wäre falsch, alle ihre Wählerinnen und Wählern unter einen rechten Generalverdacht zu stellen. Jedem, der bei den vergangenen Wahlen Parteien wie der AfD seine oder ihre Stimme gab, muss aber bewusst sein: Er oder sie hat eine

Partei gewählt, die unser demokratisches System und unsere freiheitlichen Grundwerte angreift und in ihren Grundfesten verändern will.

Letztlich geht die Entstehung der AfD auch auf den Unmut vieler mit den Parteien zurück. Selbstkritisch müssen sich alle die Frage stellen, wer etwas dazu beigetragen hat, dass die AfD bei Wahlen so erfolgreich sein kann. Politik verfällt oft ins Dozieren, wo eigentlich Argumente entlang menschlicher Erfahrungen und Empathie gefragt wären. Politikerinnen und Politiker verweisen gerne auf das Grundgesetz, aber erklären nicht, warum etwas richtig oder falsch ist. Mit unseren GRÜNEN Inhalten sind wir die zentrale Zielscheibe dieser neuen Rechten. Wenn wir ernsthaft über Sorgen und Nöte mit Menschen sprechen möchten, wenn wir die Spaltung der Gesellschaft nicht unbewusst noch vertiefen wollen, dann müssen wir, aber auch alle anderen demokratischen Parteien sich hinterfragen. Denn ernsthaft über Sorgen und Nöte sprechen heißt, die Menschen auch ernst zu nehmen. Ernstnehmen bedeutet aber nicht rechte Ressentiments zu akzeptieren, sondern auf die Probleme zu reagieren. Das muss uns besser gelingen als es in der Vergangenheit der Fall war. Alle demokratischen Parteien müssen überlegen, wie sie ihre Haltung gegenüber allen Menschen besser, positiver und optimistischer zum Ausdruck bringen können

Aber wir dürfen jetzt nicht darin verharren, uns nur selbst zu hinterfragen. Wir müssen schnellstmöglich vereinbaren, wie wir mit den Menschen in den Dialog treten. Und es dann auch konsequent tun.

Wenn wir für Vertrauen in unsere Demokratie werben wollen, müssen wir dies dort tun, wo die Gesellschaft zusammen kommt. Dann dürfen wir nicht in unseren eigenen Strukturen verhaftet bleiben. Wir GRÜNE wollen uns dort stärker einbringen, wo die Menschen sind.

Auch unser Wahlkampf wird sich auf die neuen politischen Entwicklungen einstellen müssen. Im Bundestagswahlkampf 2017 werden wir Grüne zeigen, dass wir bereit sind für die offene und solidarische Gesellschaft zu kämpfen und mit unseren Argumenten zu überzeugen. Aber ebenso sind wir bereit, uns auf andere Perspektiven einzulassen.

Es ist aber nicht nur eine Frage des Umgangs miteinander, wir müssen auch am gesunkenen Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik arbeiten. Die soziale Ungleichheit in Deutschland wird immer größer, der Klimawandel schreitet ungebremst fort und der demografische Wandel stellt uns vor riesige Herausforderungen auf unterschiedlichsten Politikgebieten. Aber immer mehr Menschen trauen es keiner Partei mehr zu, diese Probleme auch lösen zu können. Auch das ist ein Nährboden für Parteien und Politikerinnen und Politiker, die mit scheinbar einfachen Lösungen den Menschen vorgaukeln etwas bewegen zu können. Es ist unsere Aufgabe diese komplexen Herausforderungen anzunehmen und neben einer optimistischen Haltung auch verständliche politische Projekte zu entwickeln die zeigen, wie wir Rheinland-Pfalz und Deutschland in Zukunft gestalten wollen. Die Menschen müssen sich hinter unseren Ideen versammeln können, weil sie uns vertrauen, dass wir die Probleme im Griff haben.

Wir wollen in unserem Land mehr Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche erreichen. Wie wir das in den KiTas, Schulen oder Universitäten erreichen wollen, das wollen wir besser darstellen. Wir wollen eine gerechtere Vermögensverteilung und einen leistungsfähigen Staat erreichen. Mit welchen Methoden wir das erreichen, müssen wir viel besser erklären als bisher. Wir

wollen Deutschland wieder zum Vorreiter im Klimaschutz machen. Warum und wie wir das schaffen, welchen Beitrag wer dazu leisten soll, das ist unsere Herausforderung zu erklären. Das zeigt, es geht nicht darum GRÜNE Positionen aufzugeben - im Gegenteil. Wir sind überzeugt, unsere Ideen und Visionen sind genau heute gefragt, um die Probleme von morgen zu lösen. Aber wir müssen – gemeinsam mit allen anderen demokratischen Parteien – besser darin werden Positionen zuzuspitzen, lebenswirklich und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern darzustellen und zu zeigen, dass wir damit ein gerechteres, ein ökologischeres und besseres Land schaffen können.

Wir wollen aber differenzieren: Den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir ein überzeugendes Angebot machen, wie wir gemeinsam die Zukunft von Rheinland-Pfalz gestalten möchten. Das gilt aber nicht für den harten Kern der Rassistinnen und Rassisten, deren erklärtes Ziel der Umsturz unserer gesellschaftlichen Ordnung ist, die Unterdrückung und Ausgrenzung von Minderheiten als Ziel ausgegeben haben. Gegen solche Menschen werden wir uns heute und morgen, zu jeder Tageszeit mit aller Kraft entgegenstellen. Kein Fußbreit den Rassisten in unserer Gesellschaft! Das ist unsere Grundüberzeugung, hinter der wir uns alle, GRÜNE, aber auch Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und Vereine versammeln. Um diesen Menschen zu begegnen, brauchen wir auch eine umfangreiche gesellschaftliche Prävention. Mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage, Bildungsprojekten gegen Rechts und Konzepten gegen Radikalisierung stärken wir den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Rassismus und Unterdrückung. Wir werden die AussteigerInnenprogramme für Rechtsextreme weiter unterstützen, die Sozialarbeit in den Kommunen und an den Schulen stärken und die kulturelle Öffnung in allen Bereichen der Gesellschaft vorantreiben.

Wir GRÜNE wollen eine offene und solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die auf die Freiheit des Individuums setzt und auf Solidarität für diejenigen, die Unterstützung bedürfen. Es waren die neuen sozialen Bewegungen und die GRÜNEN, die für viele Freiheiten erfolgreich gestritten haben und auch weiter streiten werden: Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, gleiche Rechte und Akzeptanz für sexuelle Vielfalt, Eintreten für gesellschaftliche Minderheiten.

Die Aufgabe, die Spaltung der Gesellschaft wieder zu überwinden und das weitere Durchdringen der Rechtspopulistinnen und -populisten zu stoppen, ist eine größere Aufgabe als der Gewinn der kommenden Bundestagswahl. Aus den USA wissen wir aber, welches Desaster ein Hasswahlkampf wie der von Trump in einer Gesellschaft anrichten kann. Daher werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dem Hass und der Ausgrenzung Mut und Haltung entgegenzusetzen. Wir wollen diejenigen sein, die sich schützend vor Menschen stellen, die Angst vor Übergriffen oder Ausgrenzung haben. Für diese Werte werden wir im anstehenden Bundestagswahlkampf auf die Straße gehen. Wir scheuen nicht die Auseinandersetzung mit den Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten, aber wir werden sie auf Grundlage unserer eigenen Werte führen. Denn letztlich geht es um ein einziges großes Ziel: Um den Fortbestand unserer offenen lebendigen Demokratie und freiheitlichen Werteordnung.

Begründung

(Hinweis: Der Antrag ist eine Weiterentwicklung des von der LDV in Montabaur vertagten Antrags A-2 "Für eine offene und solidarische Gesellschaft – Rechtspopulismus entschieden entgegentreten.")

Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Siggi Hardieß (KV Westerwald), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Brian Huck (KV Mainz), Ingrid Bäumler (KV Mayen-Koblenz), Christian Viering (KV Mainz), Janosch Littig (KV Mainz), David Tondera (KV Koblenz), Eberhard Wolf (KV Mainz-Bingen), Pia Werner (KV Bad Dürkheim), Daniel Köbler (KV Mainz), Irmel Münch-Weinmann (KV Speyer), Katrin Donath (KV Altenkirchen), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler)